

Wird die CDU mit dem Thema "militärischer Fluglärm", das sehr viele Rheinland-Pfälzer bewegt, Kurt Becks SPD und den anderen schlafmützigen Parteien bei der Landtagswahl im nächsten Jahr die Schau stehen?

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 068/10 – 10.03.10**

Krankmachender militärischer Fluglärmterror lässt sich nicht mit der erneuten Überprüfung seiner Folgen, sondern nur durch wirksame Flugverbote bekämpfen!

Die bereits im Jahr 2006 von Professor Eberhard Greiser vorgelegten besorgniserregenden Ergebnisse des im Auftrag des Bundesumweltamtes durchgeführten Forschungsprojekts "Beeinträchtigung durch Fluglärm: Arzneimittelverbrauch als Indikator für gesundheitliche Beeinträchtigungen" (s. <http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3153.pdf>), über die wir bereits in der LUFTPOST 120/07 (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_07/LP12007_120607.pdf) berichtet haben, ließen nicht nur die rheinland-pfälzische Landesregierung, sondern auch Politiker aller anderen Ebenen völlig kalt. Erst die Vorlage des daraus gezogene Resümees "Risikofaktor nächtlicher Fluglärm: Abschlussbericht über eine Fall-Kontroll-Studie zu kardiovaskulären und psychischen Erkrankungen im Umfeld des Flughafens Köln-Bonn" (s. <http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3774.pdf>) und eines Anlagenbandes (s. <http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3775.pdf>) ließen die Herrschaften in Mainz endlich aufhorchen.

Die SPD-Landesregierung will nur die Auswirkungen des vom Flughafen Frankfurt ausgehenden zivilen Fluglärms auf die Region Mainz prüfen lassen. Gegen den maßgeblich von den US-Flugplätzen Ramstein und Spangdahlem ausgehenden militärischen Fluglärmterror will sie nichts tun, weil dafür die Bundesregierung zuständig sei. Was wir von dieser partiellen Taubheit des Mainzer Kabinetts halten, ist in der LUFTPOST 052/10 nachzulesen (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_10/LP05210_200210.pdf).

Paul Junker, der neue CDU-Landrat des Kreises Kaiserslautern, gibt hingegen vor, etwas für die fluglärmgeplagten Anwohner der Air Base Ramstein tun zu wollen. Er hat CSU-Verteidigungsminister zu Guttenberg gebeten, "die Greiser Studie im Hinblick auf Ramstein zu bewerten", weil "die Anwohner einen Anspruch darauf hätten, über Gesundheitsrisiken informiert zu werden". Gleichzeitig fordert er die Landesregierung auf, "die Menschen in Mainz und Ramstein nicht unterschiedlich zu behandeln". Außerdem soll das der Kreisverwaltung zugeordnete Gesundheitsamt "die Daten der kommunalen Fluglärm-Messstationen mit denen der Greiser-Studie vergleichen" (s. RHEINPFALZ, 06.03.10). Dieser Vergleich würde schon deshalb hinken, weil die Greiser Studie nicht auf gemessenen, sondern auf errechneten Fluglärmwerten aufbaut. In der LUFTPOST 127/07 (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_07/LP12007_120607.pdf) haben wir uns dazu schon geäußert.

Zur Erhebung der Fluglärmwerte sagt die Studie Folgendes aus:

"Die Flughafen Köln/Bonn GmbH hat Daten über sämtliche Flugbewegungen des Kalenderjahres 2004 nach Luftfahrzeug, Zeitpunkt und Flugroute zur Verfügung gestellt. Diese Einzelflugdaten wurden von der AVIA-Consult, Strausberg, in ein Datenerfassungssystem (DES) überführt und auf der Basis der sechs verkehrsreichsten Monate des Jahres unter Verwendung einer modifizierten 'Anleitung zur Berechnung von

Lärmschutzbereichen' [AzB 99 – Leq(3)] in geokodierte Dauerschallpegel für definierte Zeitfenster umgerechnet. "

Die Lärmpegel beruhen also nicht auf nachprüfbareren Messungen. Sie wurden nach dem äußerst fragwürdigen Verfahren ermittelt, das die gleiche Firma AVIA-Consult aus Strausberg bei Berlin schon bei ihrer Fluglärmprognose zum Ausbau der US-Air Base Ramstein verwendet hat. Die Flughafenleitung hat mitgeteilt, welche zivilen Flugzeuge in einem bestimmten Zeitraum gestartet und gelandet sind. AVIA-Consult hat aus den auf Herstellerangaben beruhenden Start- und Landegeräuschen der gemeldeten Flugzeugtypen per Computermodell die zu erwartenden Dauerlärmpegel hochgerechnet. Der Lärm der in der Warteschlange kreisenden Maschinen wurde nicht erfasst. Auch der militärische Fluglärm der Bundesluftwaffe auf und über dem Flughafen Köln-Bonn blieb unberücksichtigt. Die danach festgelegten untersuchten Verlärmungszonen sind viel zu klein ausgefallen, die Anzahl der tatsächlich durch Fluglärm geschädigten Personen muss wesentlich größer sein.

Beispiellose Dreifachbelastung über der Westpfalz und dem Saarland

Die erfassten Erkrankungen treten schon bei einem Dauerschallpegel über 39 dB(A) auf (s. Ziffer 3 der Zusammenfassung). Die Bewohner der Westpfalz und des Saarlandes müssen nicht nur die An-, Ab- und Übungsflüge der Transporter auf der US-Air Base Ramstein ertragen. US-Kampffjets aus Spangdahlem und ihre Trainingspartner aus sämtlichen NATO-Luftwaffen üben Luftkämpfe in der TRA Lauter und Scheinangriffe auf Bodenziele über den POLYGONEN. Dieser militärische Flugbetrieb summiert sich zu einer in der Bundesrepublik beispiellosen Dreifachbelastung und verursacht ein Erkrankungsrisiko, welches das um Köln beobachtete gleich mehrfach übertrifft. In der Umgebung der US-Air Base Ramstein wird erst ab einem Dauerschallpegel von 62 dB(A) ein Anspruch auf Schallschutzmaßnahmen anerkannt. Nur wenn der Dauerschallpegel 64 dB(A) erreicht, kann eine Entschädigung für die Nutzungsbeeinträchtigung des Außenwohnbereichs beantragt werden. Dabei können auch Schallschutzmaßnahmen Gesundheitsschäden kaum verhindern (s. Ziffer 15); durch neuere Untersuchungen wurde nachgewiesen, dass die in Flugplatznähe auftretenden tiefen Frequenzen des Bodenlärms auch durch modernste Schallschutzfenster dringen.

Die Junker-Initiativen hören sich zwar gut an, sind aber nutzlos. Was soll eine erneute Überprüfung bereits bestätigter Fakten? Es ist doch erwiesen, dass die nachts meist mit gefährlicher Ladung in Ramstein startenden Militärtransporter noch mehr Krach machen, als die zivilen Frachtflugzeuge, die nachts in Frankfurt abheben. Wenn Herr Junker wirklich um die Gesundheit der Menschen besorgt wäre, hätte er das Gesundheitsamt anweisen müssen, den Medikamentenverbrauch um Ramstein mit dem im Köln/Bonner-Raum zu vergleichen. Seine öffentlichkeitswirksamen Schreiben sind zwar ein gelungener Auftakt für den anstehenden CDU-Landtagswahlkampf in der Region Kaiserslautern, bewirken aber ansonsten überhaupt nichts. Wer den militärischen Fluglärm wirklich bekämpfen will, muss ein totales nächtliches Flugverbot und eine einschneidende Beschränkung des verfassungswidrigen Übungsbetriebs in der TRA Lauter und über den POLYGONEN fordern. (s. auch http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_09/LP04409_220209.pdf).

Der CDU-Landrat Paul Junker hat aber trotzdem einen Coup gelandet. Er ist den anderen, ebenfalls seit Jahren untätigen Parteien zuvorgekommen und hat das sämtliche Westpfälzer quälende Ärgernis "Fluglärm" als Wahlkampfschlager für die CDU an Land gezogen.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern